

d's andre blättle

ORTSZEITUNG DER SPD FÜR SONTHEIM, BRENZ UND BERGENWEILER; 48. JAHRGANG, Mai 2024/Nr. 179

Ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den Sontheimer Gemeinderat



Das Bild zeigt von links: Armin Schweigardt, Andreas Höfel, Elisabeth Lahmeyer, Stefan Schwab, Jürgen Mäck, Hans-Martin Elsasser, Nicole Bausch, Reiner Lindenmayer, Markus Würth, Dominic Weiss, Tobias Späth, Thomas Haner, Michael Richter, Caroline Öfele, Magnus Wugazzer, Bernd Mühlbacher, Korbinian Nieß, Tobias Katrin und Kai Maier.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 2 SPD wollen uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass unsere Gemeinde Sontheim an der Brenz ein lebens- und liebenswerter Ort bleibt.

Deshalb bitten wir Sie bei der Gemeinderatswahl am 9. Juni 2024 um Ihre Stimmen.

WIR

für Sontheim/Brenz

Von Jutta Häfele

Wo vieles begann



Die ehemalige Residenzstadt Gotha ist einen Besuch wert. „Gotha adelt“ ist das Motto der thüringischen Kreisstadt. Das Motto bezieht sich unter anderem auf Herzog Ernst, den „Opa von Europa“. Seine Nachkommen sind in vielen europäischen Hochadelshäusern bis heute zu finden – hatte er doch mit seiner Ehefrau 18 Kinder, von denen 9 das Erwachsenenalter erreichten.

Gothas wunderschöne Häuser in der Innenstadt und das große, prächtige Residenzschloss zeugen von der herzoglichen Zeit. Eine besonders tolerante und aufgeschlossene Atmosphäre herrschte in Gotha.

Ausgangspunkt vieler Neugründungen

Viele bedeutende Erstgründungen fanden hier statt: 1826 wurde Meyers Nachschlagewerk und 1861 der deutsche Schützenbund gegründet. Mit der Gothaer Versicherung begann das deutsche Versicherungswesen.

Bewegt man sich durch die Stadt, stößt man immer wieder auf Hinweisschilder zum „Tivoli“, einem Gasthaus, das am Ortsrand von Gotha gelegen war. Eigentlich nichts Besonderes – und doch wurde dort Geschichte geschrieben:

1875 vereinigten sich die Arbeiterpartei Lasalles und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei August Bebels im Gothaer Tivoli zur Sozialistischen Arbeiterpartei, der späteren SPD.



Foto: Jutta Häfele

1990 fand am 27. Januar eine Großkundgebung mit Willy Brandt auf dem Hauptmarkt statt. Durch die Stadt zu gehen, ist eine interessante Entdeckungsreise durch die deutsche Geschichte.



„Eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist keine“.

Helmut Schmidt, SPD (ehemaliger Bundeskanzler)

500 Euro für Hospizgruppe



Auch heuer machten die Marktbesucher beim Josefsmarkt wieder regen Gebrauch von unserem Angebot, so dass wir mit einem tollen Ergebnis abschließen konnten.

Ziel der diesjährigen Marktaktion war die Unterstützung der Hospizgruppe Niederstotzingen und Sontheim.

Wir danken für die Kuchenspenden, für die Hilfe vor Ort und auch für das Überlassen des Marktstandes durch die Gemeinde. Danke sagen wir vor allem auch den vielen Gästen an unserem Stand und für die zahlreichen großzügigen Geldspenden.

Der gesammelte Betrag wurde vom Ortsverein auf 500 Euro aufgerundet und den Mitgliedern der Gruppe übergeben.



Von links: Ilse Gessler, Inge Ehrhardt und Elfriede Flögel von der Hospizgruppe sowie Petra Neumann und Elisabeth Lahmeyer vom SPD-Ortsverein. Foto: W. Mähler



Neuer SPD-Vorstand



Am 23.2.2024 fand im Clubhaus des FV Sontheim die 51. Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins statt.

Themen waren die bevorstehenden Wahlen zum Gemeinderat und Kreistag sowie die Europawahl.

Im Anschluss wurde auch noch eine neue Vorstandschaft gewählt.



Im Bild der neue Vorstand des SPD-Ortsvereins. Von links: 2. Vorsitzender Richard Fussenecker, Gemeinde- und Kreisrat Reiner Lindenmayer, Marlies Bär, Schriftführerin Dorothee Mähler, Gemeinderätin Elisabeth Lahmeyer, Kassiererinnen Petra Neumann und 1. Vorsitzender Erwin Resch. Foto: W. Mähler

Von MdL Andreas Stoch, SPD-Landesvorsitzender

Bei der Europawahl am 9. Juni 2024 ist jede Stimme wichtig



Baden-Württemberg liegt nicht nur geographisch im Zentrum Europas. Wirtschaftlich und kulturell ist die Europäische Union für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes nicht wegzudenken. Als traditionelles Exportland profitiert Baden-Württemberg besonders vom europäischen Markt. Im diesjährigen Europawahlkampf müssen wir den Menschen verdeutlichen, dass sie von einem starken Europa profitieren. Mit Katarina Barley als Spitzenkandidatin der Bundes-SPD und René Repasi als Spitzenkandidat aus Baden-Württemberg wollen wir weiterhin starke Stimmen in der EU haben.

„Wir wollen gute Löhne, und wir wollen 95 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlasten. Dafür wollen wir die höchsten fünf Prozent der Einkommen stärker in die Verantwortung nehmen. Genau das will die Opposition nicht.“

MdL Andreas Stoch, SPD-Landesvorsitzender

Gemeinsam mit meiner SPD-Landtagsfraktion war ich gut acht Wochen vor der Wahl des Europäischen Parlaments in Brüssel, um mit wichtigen Persönlichkeiten aus den Wirtschafts- und Finanzressorts der Europäischen Union über die Zukunft Europas zu sprechen. Uns allen dürfte klar sein: Es geht bei dieser Europawahl wirklich um viel – nicht nur bei der Frage nach einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hinsicht-

lich der russischen Aggression gegenüber der Ukraine und dem westlichen Europa. Es geht insbesondere auch um die Entwicklung unseres Wirtschaftsstandorts, vor allem was die Bewältigung der Transformation angeht. Wie schaffen wir es, ein starkes Deutschland, ein starkes Baden-Württemberg in Europa zu erhalten und gleichzeitig die Transformation hin zu einer nicht-fossilen Versorgung unserer Wirtschaft mit Energie erfolgreich zu gestalten? Wie gelingt es uns, Arbeitsplätze zu erhalten, gerade im Bereich unserer Schlüsselindustrien, dem Maschinenbau, der Autoindustrie und ihrer Zulieferbetriebe? Das sind wichtige Fragen, für die die Europäische Union die Grundlagen legt.

Kein Land in Europa ist allein stärker – eine erfolgreiche und sichere Zukunft geht nur gemeinsam. Ein Dexit, ein Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union, wäre verhängnisvoll. Das europäische Haus ist zu wichtig, um es extremistischen und nationalistischen Kräften zu überlassen.

Deswegen: Gehen Sie zur Wahl! Wählen Sie die demokratischen Parteien – wählen Sie die SPD! Jede Stimme zählt!

Das Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion zu Baden-Württemberg und Europa finden Sie unter:

<https://www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/Baden-Wuerttemberg-und-Europa.pdf>



Die SPD-Spitzenkandidatin zur Europawahl Katarina Barley mit dem baden-württembergischen Europa-Abgeordneten René Repasi und dem SPD-Landesvorsitzenden Andreas Stoch. Foto: SPD Baden-Württemberg

Die SPD sorgt für eine sichere gesetzliche Rente



Die gesetzliche Rente wird aktuell stark angegriffen. Vor allem von der CDU und ihr nahestehenden Lobbyverbänden, die auf Sozialkürzungen setzen. Wir kümmern uns darum, dass sich alle Generationen auf eine stabile Rente verlassen können. Denn: Wer viele Jahre hart arbeitet, muss auch im Alter gut davon leben können.

Wir halten, was wir versprochen haben

Wir stabilisieren das Rentenniveau, sorgen damit für eine sichere Rente – jetzt und in Zukunft. Alle Generationen können sich auch in Zukunft auf eine gute, sichere und stabile Rente verlassen.

- Die Rente steigt auch weiterhin mit den Löhnen. Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften und eine hohe Tarifbindung.

Respekt statt CDU-Renten Kürzung

Wir sorgen dafür, dass das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht weiter steigt.

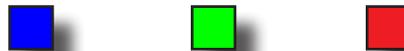
- Die Union will, dass 45 Jahre Arbeit nicht mehr reichen für eine abschlagsfreie Rente. Friedrich Merz und seine CDU wollen die Rente mit 70 – oder sogar noch später.
- Hart arbeitende Menschen, etwa in der Pflege oder im Handwerk, können nicht bis 70 arbeiten. Ein höheres Renteneintrittsalter ist für sie eine Renten Kürzung mit Ansage – und das ist mit uns nicht zu machen.

Wir machen Politik für die arbeitende Mitte

Wir sorgen dafür, dass sich Arbeit auch in der Rente auszahlt.

- Wer sein Leben lang gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, kann sich auf seine Rente verlassen.
- Und wir sorgen mit einem Tariftreuegesetz für mehr Tarifbindung.

Wir machen soziale Politik für die Menschen in unserem Land – aus Respekt vor ihrer Lebensleistung.



UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN FÜR DIE EUROPAWAHL



Die Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahl 2024, Katarina Barley (5.von rechts), mit den Kandidatinnen und Kandidaten der SPD Baden-Württemberg (von links nach rechts): Kevin Baumgärtner, Jeremy Tietz, Davis Riedel, Roberta Walser, Sebastian Camarero Garcia, René Repasi, Corinna Friedrich, Vivien Costanzo, Steffen Reik und Annalena Wirth.



Von MdL Andreas Stoch, SPD-Landesvorsitzender

Landesweites Bündnis für Demokratie und Menschenrechte



Am 23. Mai 2024 wird unser Grundgesetz 75 Jahre alt. Dieses wichtige Datum ist ein guter Anlass, dieses Gesetz als Grundlage unserer Demokratie und der freiheitlichen Grundordnung in unserem Land zu feiern.



Allerdings gibt es gerade in den letzten Jahren vermehrt auch die Sorge, dass unsere Demokratie bei weitem nicht selbstverständlich und durchaus verletzlich ist. Nach der öffentlichkeitswirksamen Aufdeckung der unsäglichen Pläne rechtsradikaler Kreise, systematisch Millionen von Menschen aus Deutschland zu vertreiben, rollte eine Welle der Empörung und Angst durch das Land. Eine der größten Protestbewegungen in Deutschland entstand. Hunderttausende gingen auf die Straßen, um ihren Unmut gegen diese menschenfeindlichen Bestrebungen und gegen Rassismus und nationalistische Hetze kundzutun. Darunter waren auch viele Menschen, die noch nie auf einer Demonstration waren, die jetzt aber deutlich zeigen wollten, dass sie für unsere Demokratie

und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land eintreten.

Das hat mich persönlich stark beeindruckt und so reifte die Idee, hier im Land ein breites und überparteiliches Bündnis für Demokratie und Menschenrechte auf den Weg zu bringen – ein Bündnis, das viele Menschen aus unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen Bereichen vereint, ein Bündnis aus landesweit tätigen Organisationen, Verbänden und staatlichen Institutionen, aus Kirchen und Religionsgemeinschaften, aus Politik und Wirtschaft, aus Sport und Kultur. Dem Bündnis sind inzwischen über 120 Verbände und Organisationen beigetreten.

Ausgehend von diesem Organisationsfundament auf Landesebene bilden sich nun in ganz Baden-Württemberg lokale Bündnisse, die analog zu unserem Landesbündnis lokale Gliederungen vereinen und sich gemeinsam vor Ort für Demokratie und Menschenrechte stark machen.

Das ist und bleibt wichtig, denn wir müssen gegenüber den Feinden unserer Demokratie Haltung zeigen. Wir müssen ihnen klarmachen, dass die große Mehrheit für Freiheit und eine vielfältige Gesellschaft ist. Wir müssen, egal wo, ob bei der Arbeit, im Sportverein oder am Stammtisch, Hass und Hetze entgegentreten und uns für unsere Demokratie jeder Diskussion und Auseinandersetzung stellen.

Denn nur dann werden wir auch in Zukunft noch viele Jubiläen unseres Grundgesetzes feiern können.



Von Willi Häfele

Atomenergie lohnt nicht



In einem „Spiegel“-Interview wurde der Kernphysikerin Mareike Ruffer (43) vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung kürzlich folgende Frage gestellt:

„Deutschland ist aus der Atomkraft ausgestiegen, viele Länder überlegen derzeit, in die Technologie einzusteigen. Was halten Sie für vernünftig?“

Darauf gab die Expertin die folgende Antwort:

„Verglichen mit anderen Energieformen lohnt sich Atomkraft nicht. Von den neuen Meilern in Europa wird kaum einer pünktlich und wie geplant fertig. Die Kosten schießen dadurch in die Höhe.

Auch die Mittel für den Rückbau und die Endlagerung sind erheblich und werden nicht immer berücksichtigt. Atomenergie funktioniert insgesamt nur, wenn sie staatlich und gesellschaftlich stark unterstützt wird. Und am Ende trägt die Allgemeinheit immer einen großen Teil der Kosten.“

(Aus dem Spiegel Nr. 16 vom 13.4.2024).

Wir laden Dich herzlich ein!

Pizza & POLITIK

Hirsch in Brenz

23. Mai 2024 ab 19 Uhr

Wir freuen uns auf Dich!

Deine Kandidaten der SPD

WIR
für Sonthelm/Brenz

Bei Vorlage unserer Erstwähler-Postkarte erhältst du gratis Pizza und ein Getränk.

5

Von Willi Häfele



Mehr Gerechtigkeit durch globale Mindeststeuer

Mit der Einführung einer globalen Mindeststeuer für alle großen international tätigen Unternehmen wurde endlich ein wichtiger Schritt für mehr Steuergerechtigkeit getan. Bisher zahlten viele global agierende Konzerne kaum Steuern, weil sie ihre oft riesigen Gewinne in Steueroasen oder Länder mit extrem niedrigen Steuersätzen verschieben konnten.

Diese Praxis war in höchstem Maße ungerecht – zum einen, weil deutsche Firmen dies nicht konnten (und auch gar nicht versuchten), zum andern, weil dadurch unserem Staat viel Geld entzogen wurde. Dabei geht es um Milliardenbeträge, die unser Land z.B. für Krankenhäuser, Schulen und Kitas, zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels, für Renten und ein besseres Schienennetz dringend benötigt.

Die Mindestbesteuerung gilt für alle internationalen Unternehmen mit einem Jahresumsatz über 750 Mio. Euro. Sämtliche Gewinne, die ein Konzern weltweit erzielt, werden nun mit 15% versteuert – ganz egal, wo sie entstanden sind. Es bringt also nichts mehr, die Gewinne in Steueroasen zu verschieben. Dass nun auf internationaler Ebene dieser Mindeststeuersatz gilt, ist zum großen Teil ein Verdienst des ehemaligen deutschen Finanzministers, dem jetzigen Bundeskanzler Olaf Scholz. Er hat in unzähligen Verhandlungen und vielen Konferenzen mit seinen Kolleginnen und Kollegen aller OECD-Länder im Zeitraum von 2018 bis 2021 erreicht, dass es zu dieser einheitlichen Regelung kam. Der Deutsche Bundestag hat dazu im Herbst letzten Jahres ein entsprechendes Gesetz verabschiedet.

Interessantes in aller Kürze

von Willi Häfele

Unvorstellbar große Sonne

Alles Leben auf der Erde ist bekanntlich von der Strahlung der Sonne abhängig. Auf ihr wird durch Kernfusion ständig Masse in Energie verwandelt. Dennoch wird die Sonne als unser Energielieferant noch mindestens 4 Milliarden Jahre weiter strahlen.

Im letzten Blättle ging es um die Masse der Sonne im Vergleich zur Erde. Hätten Sie, liebe Leserinnen und Leser, gedacht, dass die Sonne 328.900 mal so viel Masse hat wie unsere Erde? Übrigens: Alle Planeten zusammen bringen es nur auf rund 0,14% der Sonnenmasse, obwohl der schwerste Planet Jupiter rund 318.000 mal mehr Masse hat als unsere Erde. Auch der Saturn ist gut 95.000 mal schwerer als die Erde.



Kaffee beliebter als Bier

Im vergangenen Jahr betrug der Verbrauch von Bohnenkaffee pro Person in Deutschland stattliche 167 Liter, während der Bierkonsum auf rund 92 Liter pro Person sank. Auf die verschiedenen Teesorten entfielen dagegen rund 69 Liter. Diese Entwicklung ist begrüßenswert, denn mehreren Studien zufolge soll mäßiger Kaffeegenuss vor Parkinson, Alzheimer, Depressionen und Diabetes schützen, und Tee soll

Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Bluthochdruck und Karies vorbeugen.



Immer mehr Solarstrom

Laut Statistischem Bundesamt nutzen in Deutschland immer mehr Privatpersonen und Unternehmen die Energie der Sonne zur Stromerzeugung. So waren im Jahr 2023 über 2,6 Millionen Fotovoltaikanlagen auf Dächern und Grundstücken in Betrieb – das waren rund 16 % mehr als ein Jahr zuvor. Die Nennleistung aller Anlagen betrug über 70.000 Megawatt. (Die vielen kleinen „Balkonkraftwerke“ sind dabei nicht mitgezählt).



Größtes Atommülldepot

Noch lange Zeit wird es dauern und sehr viele Milliarden Euro kosten, bis Deutschland ein sicheres Endlager für hoch radioaktiven Atommüll hat, der in den ehemaligen Atomkraftwerken entstand. Derzeit befinden sich diese gefährlichen Stoffe in 16 oberirdischen Zwischenlagern, die keine absolute Sicherheit gegen militärische oder terroristische Angriffe garantieren. Am meisten radioaktiver Müll befindet sich mit einigen hundert Kilogramm Plutonium ganz in unserer Nähe im Zwischenlager Gundremmingen, das eine Genehmigung für 240 Trillionen Becquerel (Kernzerfälle

pro Sekunde) hat. Plutonium strahlt extrem stark, und mit wenigen Kilogramm lässt sich eine Atombombe bauen.



Hohe Gewinne und Dividenden

Die 40 größten DAX-Konzerne werden im laufenden Jahr mit 53,8 Milliarden € ihren Aktionären ein Rekordergebnis an Dividenden auszahlen, weil 2023 ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr war. Unsere drei größten Energie-Konzerne erzielten beispielsweise 2023 folgende Gewinne:

EnBW 2,78 Mrd. €

EON 3,1 Mrd. €

RWE sogar 4,5 Mrd. €.

So schlecht wie in manchen Medien dargestellt, kann die Wirtschaftslage in Deutschland demnach wohl nicht sein.

